

Foto: Jers Schütze



Hintergrund · Seite 5

Pflichtdienst für alle?

Protestanten diskutieren, wie sich die Landesverteidigung sichern lässt

WIRTSCHAFT

Deutsche Messe stellt sich auf Schrumpfkurs ein und sucht mit neuen Köpfen neue Formate

» Sanierungsfall Deutsche Messe: Ein neuer Vorstand soll die Flaute beenden und die Trendwende schaffen. Flächenrückbau und neue Formate wie die DSEI sollen die Rettung bringen.

„Wir haben derzeit kein nachhaltiges Konzept für die Deutsche Messe AG“: Mit dieser ungewöhnlich offenen Bestandsaufnahme hat Aufsichtsratschef und Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne am Mittwoch den Druck auf die Deutsche Messe offengelegt. Rückläufige Auslastung, milliardenschwerer Sanierungsbedarf und wachsende Konkurrenz zwingen das Unternehmen zu einem grundlegenden Umbau seines Geschäftsmodells. Die Deutsche Messe befinde sich derzeit nicht in der Lage, aus eigener Kraft das zu erwirtschaften, was für das Fortbestehen nötig wäre. Hannover habe zwar das größte Messegelände der Welt. „Aber beim Umsatz sind wir nicht obenauf mit Frankfurt, München oder Düsseldorf.“ Auch Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender forderte ein



Foto: Link

Die Vertreter der Anteilseigner sind von der jüngsten Performance der Deutschen Messe nicht begeistert: Grant Hendrik Tonne (links) und Belit Onay.

neues „zukunftsfähiges und zukunftsorientiertes Geschäftsmodell“ für die Messe, die für die Landeshauptstadt eine besondere Bedeutung habe: „Sie ist für uns das Tor zur Welt.“ Onay betonte, dass sowohl das Veranstaltungsprogramm als auch das Gelände umgebaut werden müssten.

Wie ernst die Lage eingeschätzt wird, verdeutlicht das Engagement des Restrukturierungsexperten Konstantin Kühl von der Beratungsfirma Roland Berger. Das Unternehmen hat sich auf Sanierungsfälle spezialisiert und ist auch bei der Meyer-Werft in Papenburg aktiv. Laut Rundblick-Informationen soll das

Unternehmen wohl auch ein S6-Gutachten anfertigen, um die Sanierungsfähigkeit der Deutschen Messe insgesamt zu klären. Kühl übernimmt als Chief Restructuring Officer (CRO) die Entwicklung eines langfristigen Masterplans für die Zukunft der Messe. „Die Deutsche Messe und die Hannover-Messe haben eine unglaubliche Strahlkraft. Jeder kennt sie - auch im internationalen Kontext. Da gibt es noch einige Potenziale, die sich heben lassen“, sagte der neue Sanierer, der als Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg Vorlesungen zum Krisen- und Sanierungsmanagement hält. Tonne erklärte, das Engagement Kühls sei zunächst auf zwei Jahre angelegt. „Ich stehe dem Unternehmen Tag und Nacht zur Verfügung“, betonte der Roland-Berger-Partner und kündigte an, während dieser Zeit keine anderen Mandanten zu betreuen. Gleichzeitig wurde der Vorstand entlang der größten Problemzonen des Unternehmens neu sortiert: Kühl verantwortet die Restrukturierung, Vorstandschef Jochen Köckler das klassische Messengeschäft und der frühere Strategiechef der Messe München, Holger Feist, soll neue Geschäftsfelder sowie die Digitalisierung vorantreiben.

Köckler räumte erstmals öffentlich ein, dass künftig womöglich nicht mehr alle Flächen benötigt werden. „Was nützt uns das größte Messegelände der Welt, wenn wir es nicht sinnvoll bewirtschaften?“, fragte der Vorstandsvorsitzende. Außer der Landwirtschaftsmesse Agritechnica gebe es kaum noch Veranstaltungen, die das rund 390.000 Quadratmeter große Gelände mit seinen 25 Hallen vollständig auslasteten. „Für mich als Vorstandsvorsitzenden ist entscheidend: Was haben wir selber in der Hand?“, sagte Köckler. Tonne forderte insbesondere bei der Hannover-Messe wieder Wachstum. „Die 80.000 Quadratmeter Ausstellerfläche sind nicht das, was uns zufriedenstellt. Da soll es einen Aufwuchspfad geben.“ Gleichzeitig setzt die Deutsche Messe verstärkt auf neue Formate wie die Immobilienmesse Real Estate Arena, die Pflegemesse Pro Care oder die ab 2027 geplante Verteidigungs- und Sicherheitsmesse DSEI (Defence & Security Equipment International), die gemeinsam mit Clarion Events organisiert wird. „Historisch hatten wir immer wenige Messen, die in einem kurzen Zeitraum das Gelände gefüllt haben“, sagte Köckler. Künftig müsse die Messe breiter aufgestellt werden.



Foto: Link

Neue Besen kehren gut: Holger Feist (links) und Konstantin Kühl (rechts) sollen Jochen Köckler unter die Arme greifen.

Darüber, welche neuen Formate erfolgreich sein könnten, muss sich ab sofort Holger Feist den Kopf zerbrechen. Der frühere Strategiechef der Messe München soll insbesondere das Neugeschäft im In- und Ausland sowie die Digitalisierung vorantreiben. Mit den Bereichen Wohnen und Bauen, Energie oder Verteidigung habe Hannover bereits einige „hervorragende Zukunftsfelder“ abgedeckt. Weitere Potenziale könnten etwa im Bereich der digitalen Neuentwicklungen, bei Nachhaltigkeit oder Kreislaufwirtschaft liegen. „Man muss sich die Wettbewerbsslage anschauen und überlegen, wo können wir in Hannover wirklich einen Punkt machen“, sagte Feist. Neue Formate müssten sowohl zum wirtschaftlichen Umfeld der Region passen als auch wirtschaftlich tragfähig sein. „Hannover kann Messe und Hannover kann auch neue Messe“, betonte er und sprach sich auch für mehr Gastveranstaltungen wie etwa die IAA Transportation, die EuroBLECH oder die Agritechnica aus.

Mehr zum Thema

Räumungsverkauf der Relevanz: Warum die Hannover-Messe an sich selbst scheitert

30.04.2026 · Kommentar · Christian Wilhelm Link

Neue Struktur für das Leitprodukt: Pfeiffer leitet Geschäftsbereich "Hannover Messe"

12.03.2026 · P und P · Christian Wilhelm Link

Der Erfolgsdruck auf das neue Vorstandstrio ist hoch. Vize-Aufsichtsratschef Onay verwies darauf, dass die zuletzt entwickelten Messen in Hannover zwar erfolgreich seien. „Aber das Wachstum dort ist nicht groß genug, um das aufzufangen, was woanders wegbricht.“ Gleichzeitig ist die aus Unternehmenssicht durchaus lukrative Unterbringung von Geflüchteten auf dem Messegelände vorbei und ein zweistelliger Millionenkredit der Nord/LB muss zurückgezahlt werden. „Das führt umso mehr dazu, dass wir ein schlüssiges Zukunftskonzept brauchen“, so Köckler. Der Messechef räumte dabei auch eigene Versäumnisse ein: „Wir haben wahrlich nicht alles richtig gemacht.“ Man müsse künftig früher erkennen, „was die Kunden wirklich wollen“ und „noch besser zuhören“. Seine größte Sorge: „Diesen Nokia-Moment zu verpassen, wo etwas kippt.“ (cwl)

LANDWIRTSCHAFT

SPD und CDU üben Kritik am Fischereidialog der Grünen-Minister Meyer und Staudte

» Ein Zehntel des Küstenmeeres soll in Zukunft komplett in Ruhe gelassen werden. Bei Niedersachsens Küstenfishern löst das Existenzängste aus. Die Sorgen beschäftigen den Landtag.

Die Pläne der rot-grünen Landesregierung für fischereifreie Zonen an der niedersächsischen Nordseeküste stoßen im Kreis der Agrarpolitiker des Landtags auf erheblichen Widerstand. Vor gut einem Jahr haben das Umwelt- und das Agrarministerium von Christian Meyer und Miriam Staudte (beide Grüne) den sogenannten Fischereidialog mit einer Auftaktveranstaltung in Wilhelmshaven begonnen. Das erklärte Ziel scheint das Format in der betroffenen Region aber zu

verfehlen. „Das Dialogforum hat eine ganze Region in Existenzängste getrieben“, sagte Karin Logemann in der vergangenen Woche. Die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion trug in der jüngsten Sitzung des Agrarausschusses des Landtags die Sorgen der Küstenfischer nach Hannover. Es sei nicht gelungen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, berichtete sie nach Gesprächen mit Krabbenfishern aus ihrer Heimatregion Wesermarsch. „Das war kein Dialog, das war Konfrontation“, zitierte sie aus dieser Runde.

Ähnliche Töne schlug auch Claus Seebeck an. Der CDU-Landtagsabgeordnete aus Cuxhaven vermutet hinter dem Fischereialog das eigentliche Ansinnen, den Berufszweig der kleinen Küstenfischer abzuwickeln. Sein Fraktionskollege Hartmut Moorkamp sprach von einem „Monologforum“ mit einem zu straffen Zeitplan und forderte die Landesregierung dazu auf, die Politik künftig stärker mit einzubinden. Gemeint waren damit die Mitglieder des Landtags, denn bislang werden die Entscheidungen zum Fischereialog allein von der Landesregierung getroffen. Die zuständigen Mitarbeiter der Ministerien verweisen dazu auf den Koalitionsvertrag von SPD und Grünen.



Foto: eurotravel/via Getty Images

Immer auch ein Stück Brauchtum:
Fischkutter auf der Nordsee.

Mehr zum Thema

Flächenkonzept erwartet: Wo dürfen Küstenfischer noch ihre Netze auswerfen?

16.02.2026 · Landwirtschaft · Niklas Kleinwächter

Für erhebliche Irritation sorgt derzeit eine Landkarte, die Ende des vergangenen Jahres in den betroffenen Kreisen veröffentlicht wurde. Darauf zu sehen sind mehrere rote Zonen im niedersächsischen Küstenmeer, etwa im Jadebusen oder vor Wangerooge, die künftig zu „Nullnutzungszonen“ erklärt werden könnten. Bei den rot gekennzeichneten Gebieten handelt es sich allerdings noch nicht um die endgültigen Flächen, in denen künftig keine Küstenfischerei mehr betrieben werden darf. Im Ministerium nennt man diese Areale „Suchräume“, sie umfassen zum jetzigen Zeitpunkt noch das Zweieinhalbfache der angestrebten Fläche von zehn Prozent des Küstenmeeres. Der Fischereireferent im Agrarministerium, Stephan Wessels, sowie Carolin Galler aus dem Naturschutz-Referat des Umweltministeriums bemühten sich vor dem Agrarausschuss des Landtags das Verfahren und die Folgen zu erläutern. Man versuche Bereiche zu identifizieren, die für möglichst viele Lebensraumtypen eine positive Auswirkung haben. „Wir wollen auf möglichst kleiner Fläche möglichst viel erreichen“, sagte Galler. Allerdings fehlten den Ministerien beim Erarbeiten der ersten Flächenkulisse noch einige wichtige Informationen. Das zuständige Thünen-Institut sowie die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), die bei der Kartierung geholfen haben, griffen laut Landesministerium auf unvollständige Daten zurück. Eigentlich sollten die Behörden erfassen, auf welchen Flächen die Fischer welche Erlöse erwirtschaften. Daraus sollte die wirtschaftliche Bedeutung der Flächen ins Verhältnis gesetzt werden zur ökologischen Bedeutung. Weil aber nur Fischereifahrzeuge mit einer Gesamtlänge von über zwölf Metern verpflichtet sind, ein satellitengestütztes Schiffsüberwachungssystem, das sogenannte „Vessel Monitoring System“ (VMS) zu verwenden, fehlten diese Daten bei allen

kleineren Kuttern. Das Bild war also verzerrt. Im Dialog mit den Betroffenen versucht man nun nachträglich, diese Schieflage auszugleichen.

Die Landesregierung beruft sich bei diesem Vorhaben auf die Biodiversitäts-Strategie der Europäischen Union. Dabei handelt es sich zwar nicht um eine formelle Richtlinie, sondern lediglich um einen Vorschlag der Europäischen Kommission, den Rat und Parlament unterstützen. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich gleichwohl selbst dazu verpflichtet, entsprechend dieser Strategie zu handeln. Dazu gehört es auch, 30 Prozent des Küstenmeeres bis spätestens 2030 unter Schutz zu stellen. Diese Quote erfüllt Niedersachsen aufgrund des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer bereits. In einem zweiten Schritt verlangt die EU-Strategie aber, zehn Prozent des Küstenmeeres streng zu schützen. Im niedersächsischen Umweltministerium versteht man das so, dass in diesem Areal gar kein Fisch mehr gefangen werden darf. Im Idealfall soll die Natur in diesen Regionen komplett für sich gelassen werden. Eingriffe in die natürlichen Prozesse soll es gar nicht mehr geben.

Die Landesregierung hat nun vor, den Fischereidialog dazu zu nutzen, gemeinsam mit den betroffenen Fachverbänden, Betrieben und Bürgermeistern nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen. Nach mehreren Regionalkonferenzen konnten die Betroffenen bis Anfang Mai noch Stellungnahmen zum Konzept der Landesregierung einreichen. Die Ministerien wollen diese nun bis spätestens September sichten und gegebenenfalls einarbeiten, bevor dann die dritte Dialogrunde tagen soll. Der Agrarausschuss des Landtags drängt nun allerdings darauf, vorab noch ein weiteres Mal über den Fortgang des Verfahrens unterrichtet zu werden. Die Abgeordneten haben den Fischereidialog in ihrer ersten Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause am 26. August erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Die CDU-Politikerin Katharina Jensen erinnerte an das Bekenntnis von Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) zum Tourismusstandort Nordseeküste und appellierte an die SPD-Fraktion, entsprechend zu handeln und die Krabbenkutter zu schützen. (nkw)

HINTERGRUND

Warum andere Staaten besser darin sind, Bürger für die Landesverteidigung zu gewinnen

» Deutsche zeigen ein „freundliches Desinteresse“ gegenüber der Bundeswehr, meint eine Friedensforscherin. Mehr Zivilschutz könnte helfen, Menschen in der Zeitenwende mitzunehmen.

Von Anne Beelte-Altwig

Nein, genossen habe er seinen Wehrdienst nicht, sagt Prof. Andreas Paulus, mittlerweile Dekan der Juristischen Fakultät in Göttingen und Bundesverfassungsrichter a.D. Aber er habe sich bewusst dafür entschieden und „viele wichtige Erfahrungen“ mitgenommen. Bei Hannovers Landesbischof Ralf Meister war es anders: Er hatte sich aus einer pazifistischen Haltung heraus für den Zivildienst entschieden, erzählt er. Erst im Auslandsstudium in Israel, im Angesicht einer konkreten Bedrohung, habe er seinen „Radikalpazifismus neu justiert“.

Der Grund, warum beide jetzt auf die Entscheidungen ihres frühen Erwachsenenlebens zurückblicken: Rasant hat sich in den vergangenen Jahren die Weltlage verändert, sodass immer

Foto: Jens Schultze



Prof. Andreas Paulus,
Bundesverfassungsrichter a.D. und
Mitverfasser der EKD-Schrift „Welt in
Unordnung – Gerechter Friede im Blick“.

mehr Staaten zur Wehrpflicht zurückkehren oder einen freiwilligen Wehrdienst eingeführt haben. Die evangelische Hanns-Lilje-Stiftung hatte in die Neustädter Hof- und Stadtkirche nach Hannover eingeladen, um darüber zu diskutieren, welchen Beitrag jeder Einzelne künftig für Deutschland leisten soll.

Die Diskussion fand ohne Stimmen derjenigen statt, die das Thema vor allen anderen betrifft: die Jugendlichen, die jetzt Post vom Verteidigungsministerium erhalten und angeben sollen (wenn sie Frauen sind) oder müssen (wenn sie Männer sind), ob sie zu einem Wehrdienst bereit sind.

Gastgeber Prof. Christoph Dahling-Sander, der Geschäftsführer der Hanns-Lilje-Stiftung, hatte die Organisatoren der Schüler-Demonstrationen gegen die Wehrpflicht eingeladen, aber nie eine Antwort erhalten, berichtete er. So übernahm es Kristin Schneider, stellvertretende Vorsitzende der Jugendkammer der hannoverschen Landeskirche, Juristin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Leibniz-Universität Hannover, die Perspektive der jungen Generation zu vertreten. Sie selbst, berichtete sie, hätte gerne einen Freiwilligendienst absolviert. Doch ihre Eltern hätten ihr signalisiert, dass sie ihr bereits ein fünfjähriges Studium ermöglichen und nicht noch für ein sechstes Jahr aufkommen können.

So wie ihr, meint Schneider, gehe es vielen jungen Leuten: Das Interesse an einem Dienst für die Gesellschaft sei durchaus vorhanden. Aber die Dienstzeit dürfe nicht zum Armutsrisiko werden. „Lasst uns erstmal mit dem Recht auf einen existenzsichernden Freiwilligendienst starten, bevor wir über eine Dienstpflicht reden“, appellierte sie. Andreas Paulus stimmte ihr zu: „Der Sold für den freiwilligen Wehrdienst ist erheblich gesteigert worden. Das muss auch für zivile Dienste gelten.“ Richtwerte bildeten hier zum Beispiel das Existenzminimum oder der Bafög-Satz. Christoph Dahling-Sander dagegen reichte das nicht: „Wir hinken schon jetzt den Zielen hinterher“, kritisierte er - und für die nächsten Jahre sei ein enormer Aufwuchs der Streitkräfte vorgesehen. Bisher entschieden sich weniger als zwei Prozent der Jugendlichen für den freiwilligen Wehrdienst.

An diesen Punkt gerieten der Gastgeber und die Vertreterin der evangelischen Jugend mehrmals an diesem Abend. Letztlich blieb die Frage offen: Wer muss sich zuerst bewegen? Muss die Gesellschaft den Jugendlichen zuerst ein überzeugendes Angebot machen? Oder darf sie erwarten, dass die Jugendlichen im Angesicht der Bedrohungslage ihren Beitrag leisten, ohne Bedingungen zu stellen? „Dann, wenn es akut wird, mit Pflicht zu arbeiten, ist nicht das, was gesellschaftlich funktioniert“, brachte Kristin Schneider die Position der jungen Generation auf den Punkt.



Foto: Jens Schultze

Wehrdienst, Wehrpflicht oder allgemeine Dienstpflicht? Kristin Schneider diskutiert mit Gastgeber Prof. Christoph Dahling-Sander.

Ines-Jacqueline Werkner, die den Arbeitsbereich „Frieden“ an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg leitet, gab einen Überblick, wie international auf die veränderte Sicherheitslage reagiert wird. „Vor der Annexion der Krim 2014

hatten 22 von 28 Nato-Staaten eine Freiwilligenarmee“, berichtete sie. Seitdem seien mehrere Staaten wieder zur Wehrpflicht zurückgekehrt, darunter Litauen, Lettland und Schweden, das mit seiner „selektiven Wehrpflicht“ jetzt als Modell für die Bundesrepublik dient. Seit 2017 wird ein Fragebogen an schwedische junge Männer und Frauen verschickt, um ihre Bereitschaft zum Wehrdienst zu ermitteln. „Der größte Bedarf wird mit Freiwilligen gedeckt“, berichtete die Politikwissenschaftlerin.

„Der Erfolg der Personalgewinnung hängt ab vom gesellschaftlichen Verhältnis zum Militär.“

Die Schweden hätten ein grundsätzlich positives Verhältnis zu ihrer Armee: Junge Menschen beschreiten sogar den Klageweg, weil sie nicht einberufen wurden. Ähnlich sei die Stimmung in Polen, wo ebenso wie in Tschechien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich ein freiwilliger Wehrdienst eingeführt wurde. Auch in Polen finden sich genügend Freiwillige. Nach der Analyse von Werkner hängt das einerseits mit dem guten Image der Armee und andererseits mit dem gefährlichen Nachbarn Russland zusammen.



Foto: Jens Schütze

Ines-Jacqueline Werkner ist Leiterin des Arbeitsbereichs Frieden an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) in Heidelberg.

In Spanien und Portugal seien die Bedingungen anders, erklärte die Friedensforscherin: „Das Militär ist extrem unbeliebt und die Bedrohungswahrnehmung geringer.“ Auf der iberischen Halbinsel hätten die Diktaturen des 20. Jahrhunderts und der Militärputsch 1981 in Spanien düstere Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen. Aus dem Vergleich leitet Ines-Jacqueline Werkner eine pessimistische Prognose für Deutschland ab: „Der Erfolg der Personalgewinnung hängt ab vom gesellschaftlichen Verhältnis zum Militär.“ In Deutschland beschreibt sie dieses Verhältnis als „freundliches Desinteresse“. Die grundsätzliche

Einstellung sei zwar vorhanden, dass die Bundeswehr wachsen müsse. Bei der Frage nach einem Wehrdienst zeige sich in Umfragen aber ein uneindeutiges Bild. Kristin Schneider warf ein: „Junge Leute sind eindeutig dagegen.“ Wegen dieser Skepsis gegenüber der Bundeswehr, meint Werkner, sei das schwedische Modell nicht 1:1 auf Deutschland übertragbar.

Als Vorbild könnten die nordischen Länder allerdings noch in anderer Hinsicht dienen: Hier werde nicht nur in das Militär, sondern auch verstärkt in Zivilschutz investiert. In Schweden, erklärte Werkner, gebe es zwei Ministerposten im Verteidigungsministerium: Einer für die Armee und einer für zivile Verteidigung. In der Runde erntete sie Zustimmung: Prof. Paulus forderte Schutzräume für die deutsche Bevölkerung. Kristin Schneider kritisierte, dass zu wenig für den Katastrophenschutz getan werde. „Wir müssen zu einem System kommen, in dem jeder seinen Beitrag leistet“, forderte sie. Die anderen Diskussionsteilnehmer verstanden einen solchen Beitrag allerdings anders als sie: Sie sprachen sich grundsätzlich für eine allgemeine Dienstpflicht aus.

Mehr zum Thema

„Es irritiert mich, dass der Begriff ‚Pflicht‘ inzwischen so negativ besetzt ist“

01.04.2026 · Interview · Niklas Kleinwächter

Die Hürden dafür, erklärte Andreas Paulus, seien allerdings hoch: „Dafür müsste das Grundgesetz geändert werden.“ Bisher erlaube es eine Verpflichtung aller Bürger nur zum Beispiel bei der Feuerwehr. Dass die für eine Grundgesetzänderung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat zu Stande komme, sei angesichts der ablehnenden Haltung der Linken unwahrscheinlich. Zuvor gelte es, die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu diskutieren: Rechtfertigt die stärkere Belastung von Frauen durch Sorgearbeit eine Befreiung von der Dienstpflicht, oder erübrigt sich dieses Argument durch den Gleichstellungsgrundsatz? Zudem fehle es an Kasernen und Ausbildern, um alle Wehrpflichtigen zu trainieren. Landesbischof Meister sprach sich für eine allgemeine Dienstpflicht sogar für ältere Menschen aus. Der ehemalige Verfassungsrichter Paulus erinnerte daran, dass das Grundgesetz enge Grenzen für militärische Einsätze ziehe. „Die ethischen Bedingungen aus dem Grundgesetz stehen nicht zur Disposition, nur weil ein bestimmter Mensch im Weißen Haus sitzt“, mahnte er und wurde grundsätzlich: „Es gibt keinen gerechtfertigten Krieg, nur Verhinderungsgewalt.“

P UND P

Personen und Positionen

Daniela Behrens, Innenministerin, muss sich auf eine mögliche Klage der AfD einstellen. Auslöser ist ein „Bürgerdialog“ des SPD-Ortsvereins Harsefeld (Kreis Stade) am 8. April 2026, zu dem Behrens als Referentin eingeladen war. Sie antwortete auf Fragen, die Bürger auf Bierdeckel schreiben und abgeben konnten. Laut „Stader Tageblatt“ soll Behrens auf eine Frage zur AfD erklärt haben: „Daher wurde die AfD auch höher eingestuft, damit der Verfassungsschutz sie besser beobachten kann. Es sind Rechtsextreme und Nazis.“ Der AfD-Landtagsabgeordnete Stephan Bothe fragte daraufhin die Landesregierung, ob diese Aussage so stimme. Die Antwort lautet, der genaue Wortlaut der Aussagen lasse sich „aufgrund des zeitlichen Abstands zur Veranstaltung nicht mehr wortgetreu rekonstruieren“. Man könne nicht ausschließen, dass das berichtete Zitat stimmt. Behrens habe aber, so die weiteren Antworten, in ihrer Funktion als Abgeordnete an dieser Parteiveranstaltung teilgenommen - und nicht als Ministerin. Als Ministerin würde Behrens der Neutralitätspflicht unterliegen, die bei derartigen krassen Äußerungen wie dieser wohl sehr wahrscheinlich verletzt worden wäre. Nun verweist Bothe aber darauf, dass die SPD gezielt für eine Veranstaltung mit der Innenministerin geworben habe. Die Landesregierung teilt mit, Behrens' Worte seien „persönliche Einschätzungen im Rahmen des politischen Diskurses“ gewesen. Die AfD zieht das in Zweifel und erwägt eine Klage. Erschwerend kommt für Behrens hinzu, dass der Verfassungsschutz im Rechtsstreit über



die Hochstufung der Landes-AfD als Beobachtungsobjekt eine Art Moratorium zugesagt hatte - eine Zurückhaltung in öffentlichen Aussagen zu dieser Rechtsfrage.

Foto: Wallbaum



Gerald Heere, Finanzminister, präsentiert am Mittwoch im Haushaltsausschuss des Landtags den Jahresabschluss für 2025. Die Zeiten enormer Überschüsse sind offenbar vorüber. Nach Informationen des Politikjournals Rundblick wurden rund 500 Millionen Euro weniger ausgegeben als geplant. Die Neuverschuldung soll im Jahr 2025 um rund 340 Millionen Euro geringer ausgefallen sein als vorgesehen

- auf die Rücklagen musste im Umfang von 170 Millionen Euro weniger zurückgegriffen werden. Im vergangenen Jahr hatte die Landesregierung einen größeren Batzen des Überschusses an die Kommunen weitergegeben. In diesem Jahr kommen massive Forderungen der kommunalen Spitzenverbände, das Land möge in der katastrophalen Finanzsituation der Kreise, Städte und Gemeinden helfen. Die Oberbürgermeisterkonferenz des Niedersächsischen Städtetags fordert von Bundestag und Bundesrat die befristete Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer um zehn Prozentpunkte auf 12,8 Prozent. Das Land Niedersachsen müsse die Verbundmasse des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) „um mindestens eine Milliarde Euro erhöhen“. In diese Richtung zielen auch Forderungen der Opposition im Landtag.

Stefan Marzischewski, AfD-Landtagsabgeordneter aus Gifhorn, gerät in der eigenen Partei zunehmend unter Druck. Der 59-jährige Facharzt für Radiologie und Allgemeinmedizin, der von 2022 bis 2024 auch Chef der Landtagsfraktion war, gilt als Kritiker des Landesvorsitzenden Ansgar Schledde. In Gifhorn hatte Marzischewski im vergangenen Jahr den AfD-Kreisvorsitz eingebüßt. Seine Frau Jacqueline Kleinhans tritt bei der Gifhorer Bürgermeisterwahl für die „Bürgerliste Zukunft“ an - neben dem offiziellen AfD-Kandidaten Robert Preuß. Um die personelle Aufstellung der AfD Gifhorn für die Kommunalwahl gibt es indes Streit. Die Aufstellungsversammlung war Ende Februar, bis heute aber soll darüber kein Protokoll vorliegen. Marzischewski hat die Aufstellung der AfD-Kandidatenliste zur Kommunalwahl angefochten und wartet auf eine Entscheidung des Landesschiedsgerichts der Partei darüber. Angeblich geht es um den Vorwurf, gegen Grundsätze der innerparteilichen Demokratie sei verstoßen worden. Spekuliert wird inzwischen, Marzischewski könne mit einem Parteiordnungsverfahren überzogen werden. Er selbst hat jeden Kommentar zu den Vorgängen abgelehnt. Beim jüngsten Landesparteitag der AfD in Dötlingen war der einstige Landtagsfraktionsvorsitzende beim Versuch gescheitert, in den Konvent, eine Art Parteirat, gewählt zu werden. Sein Gifhorer Gegenspieler Preuß hatte allerdings eine satte Mehrheit erhalten.



Screenshot: Plenar-TV

Unser Podcast: Politiknerds

In unserem Podcast spricht die Rundblick-Redaktion mit anderen Politikverrückten

Jetzt Reinhören

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

**3QM DREI QUELLEN
MEDIENGRUPPE**

Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5748

REDAKTION

Chefredakteur V.i.S.d.P.
Dr. Klaus Wallbaum (kw)

Chefredakteur Neue Medien
Niklas Kleinwächter (nkw)

Chefredakteur Wirtschaft
Christian Wilhelm Link (cwl)

Redakteurin
Anne Beelte-Altwig (aba)

Redaktionsassistentin
Sina Gartz

redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Leiter Medien & Vertrieb
Tomas Lada
Telefon (0511) 13 22 29 55
Telefax (0511) 13 22 29 58
lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,
Z.-Nr H 2871,
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich

Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (0511) 13 22 29 59